AKREF-Nachrichten vom 05.09.2025 bis 12.09.2025

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

2007- 2025 Deutsche Evangelische Allianz e.V. | Umsetzung: b13 GmbH | Kontakt | Spenden | Impressum

Inhaltsverzeichnis

Argentinien: Wir sich das Evangelium verbreitet 3

Benin: Bischof nach islamistischem Angriff auf ein Dorf an der Grenze zu Nigeria 4

Bulgarien: Jesus in der Kunst 5

Deutschland: Mission im Brennpunkt 6

Deutschland: Polizei stoppt auf der Autobahn „Botschafter Gottes“ 8

Deutschland: „Christdemokraten für das Leben“ fordern Suizidpräventionsgesetz 9

Gaza: Angeblich von Soldaten erschossen 10

Irak: Festival bringt Christen zusammen 12

Iran: Sharifeh Mohammadi zum Tode verurteilt 13

Israel: Sechs Israelis bei Terroranschlag getötet 14

Kamerun: Islamistischer Angriff im äußersten Norden 15

Kasachstan: Wohnungsprobleme 16

Mosambik: Keine Entspannung im Norden 17

Myanmar: Junta erklärt karenische Separatistenorganisation zur terroristischen Vereinigung 18

Norwegen: Katholische Bischöfe warnen vor Euthanasie 20

Pakistan: 25-jähriger Christ stirbt an Haftfolgen 21

Papua-Neuguinea: Nationaler Tag der Buße 22

Südsudan: “Jugendgewalt ist das Zeichen einer tiefen Krise in der Seele des Landes” 23

Türkei: Behörden verweigern Einreise des Friedenstrecks 24

Türkei: Diskriminierungen gegen Christen nehmen zu 25

Ukraine: Urlaub und Einberufung 27

USA: Politiker und evangelikale Leiter würdigen ermordeten Charlie Kirk 28

Argentinien: Wir sich das Evangelium verbreitet

Hinter Argentiniens raffinierter und postmoderner Fassade verbirgt sich ein intensiver geistlicher Kampf um das Leben seiner Bevölkerung. Neben der verführerischen Kraft des modernen Säkularismus gibt es einen zurückhaltenden, aber weit verbreiteten Einfluss des Okkultismus, eine Zunahme christlicher Irrlehren wie dem Mormonismus und eine Zunahme antichristlicher Religionen wie dem Islam. Aber trotz dieser Herausforderungen gibt es immer noch Evangelisation und anhaltende Fürbitte von vielen wiederbelebten Gemeinden. Ein dringendes Anliegen ist es, in die Gemeinschaften derjenigen vorzudringen, die als Oberschicht gelten.

WORLDNEWS 320 Bridgeway Publications vom 15. August 2025/ übersetzt und bearbeitet AKREF

Benin: Bischof nach islamistischem Angriff auf ein Dorf an der Grenze zu Nigeria

“Eine ständige Bedrohung für unser pastorales Wirken”

Cotonou (Fides) – „Islamisten haben die Polizeistation angegriffen, Häuser geplündert, Motorräder und Autos gestohlen und sind dann mit mindestens sechs Zivilisten geflohen“, berichtet Martin Adjou Moumouni, Bischof von N'Dali, der Diözese in Benin, zu deren Gebiet das Dorf Kalalé gehört, das an diesem Mittwoch, 10. September, im Morgengrauen von einer bewaffneten Gruppe aus dem benachbarten Nigeria angegriffen wurde.
„Wir wissen nicht, ob es sich um dieselbe Gruppe aus Nigeria handelt, die letzten Monat einen katholischen Gläubigen entführt hat, um Lösegeld zu fordern. Nach Verhandlungen wurde diese Person ohne Zahlung freigelassen“, berichtet Bischof Adjou Moumouni.
„Die nigerianischen Islamisten verbreiten seit langem Terror in unserer Diözese, insbesondere in den ländlichen Gebieten“, betont der Bischof. „Wir waren gezwungen, die pastoralen Aktivitäten in den Dörfern auszusetzen, und auch in der Stadt habe ich die Pfarrer meiner Diözese gebeten, die Gottesdienste nur bei Tageslicht zu feiern, da mit Einbruch der Dunkelheit die Unsicherheit zunimmt.“
Die nigerianischen Islamisten, die wahrscheinlich mit Gruppen aus dem Umfeld von „Boko Haram“ in Verbindung stehen, scheinen derzeit vor allem wirtschaftliche Motive zu haben: Sie plündern Dörfer und nehmen Geiseln, mit dem Ziel der Lösegelderpressung. Aber wie Bischof Adjou Moumouni sagt, „drohen sie ständig damit, die Verkündigung des Evangeliums verhindern zu wollen“. „Dies ist ein Gebiet, in dem vor allem Missionare der Gesellschaft der Afrikamissionen (SMA) tätig waren. In Kalalé mussten wir die Schwestern der Gesellschaft des Erlösers, einem Orden spanischen Ursprungs, aufgrund der Bedrohung durch die Islamisten zurückziehen“, schließt der Bischof von N'Dali.
Neben den Gruppen aus Nigeria sind in Benin auch islamistische Organisationen aus Burkina Faso und Niger aktiv.
(L.M.) (Fides 11/9/2025)

Bulgarien: Jesus in der Kunst

(AVC) In den bulgarischen Rhodopen führen unsere Partner, das Künstler-Ehepaar Hari und Penka, in den Dörfern verschiedene Kunst-Workshops für Kinder durch. Die Gegend, in der sie aktiv sind, wird hauptsächlich von einer muslimischen Minderheit bewohnt. Einige Workshops dauern mehrere Wochen, und dann kommen die Kinder täglich. In anderen Dörfern finden die Kunstklassen ganzjährig statt, und dann nehmen die Kinder wöchentlich am Unterricht teil.

Neben dem Vermitteln von Fertigkeiten im Malen, Zeichnen oder Schnitzen nutzen Hari und Penka die Kurse auch dazu, das Evangelium weiterzugeben. Insgesamt 100 Kinder konnten sie in diesem Sommer durch die Workshops erreichen. Oftmals kommen auch die Eltern und hören bei dieser Gelegenheit ebenfalls die Gute Nachricht.

Hari berichtet über den Sommerkurs im Dorf Kirkovo: »Die Zeugnisse zeigen, dass Gott uns eine wunderbare Zeit und Möglichkeit schenkt, durch Kunst das Evangelium zu teilen. In Kirkovo führen wir die Workshops seit zwei Jahren durch. Viele Kinder und ihre Eltern freuen sich schon sehr auf das neue Kunstschuljahr im September. Einige Personen türkischer Herkunft hören nur zu, aber wir sind voller Zuversicht, dass Gott auch sie berühren wird.« Das Ehepaar ist auch sonst in den Dörfern aktiv und verbreitet dort das Evangelium. Kürzlich führte dies zur Taufe eines Jugendlichen und eines älteren Mannes.

Wir beten …

… für unsere Partner vor Ort,

… dass immer mehr Kinder dieses Angebot nutzen,

… dass muslimische Familien in den Dörfern Jesus kennenlernen.

Deutschland: Mission im Brennpunkt

Bremen: Die Abraham-Gemeinde in Bremen-Kattenturm verkündet das Evangelium in einem sozialen Brennpunkt – mit klaren Botschaften, praktischer Hilfe und theologischer Distanz zur Landeskirche. IDEA-Redakteur Daniel Scholaster hat die Gemeinde besucht.

(IDEA) Vor der Silhouette der vielen dunklen Hochhäuser wirkt die Abraham-Gemeinde in Bremen-Kattenturm erfrischend warm. Neben dem Gemeindezentrum zeigt sich ein buntes Bild: Kinder toben zwischen aufgestellten Bänken, Eltern unterhalten sich, aus einem Festzelt dringen Lieder und Gebete: Es ist Evangelisationswoche in der evangelisch-lutherischen Gemeinde. Viele Besucher sind Bremer, die schon ihr ganzes Leben im Viertel wohnen und zur Gemeinde gehören. Aber auch eine junge Familie mit Fahrrädern oder eine Muslima mit ihren Kindern sind gekommen. Pastor Rüdiger Kurz predigt mit fester Stimme. Seit 25 Jahren arbeitet der 60-Jährige im Viertel und ist überzeugt, dass Gott auch hier wirkt.

Der Stadtteil kämpft seit Jahrzehnten mit Armut, Arbeitslosigkeit und Kriminalität. Mitten in diesem sozialen Brennpunkt beginnt vor 50 Jahren die Geschichte der Gemeinde. Sie wurde 1975 von Pastor Reinhard Schubert gegründet, nachdem die Bremische Evangelische Kirche ihn in das Viertel entsandt hatte, um eine Gemeinde zu gründen. Im selben Jahr entstand das Gemeindezentrum mit Kindergarten; acht Jahre später folgte der Bau der Kirche. Kattenturm ist bis heute von sozialer Not geprägt. Viele Bewohner sind Migranten aus den unterschiedlichsten Ländern. Pastor Kurz wünscht sich daher mehr Mitarbeiter mit entsprechenden Sprachkenntnissen. Während viele Gemeinden vor allem ein gehobenes bürgerliches Milieu ansprechen, „ist bei uns alles dabei: vom promovierten Physiker über die alleinerziehende Mutter bis zum Sozialhilfeempfänger“, sagt er.

Glaube mit klaren Botschaften

Viele Besucher einer Evangelisation würden nie eine Kirche betreten, erzählt der Jugendpastor der Gemeinde, Jan-Philipp Köhler. Insbesondere Muslime seien sehr zurückhaltend. Der 34-Jährige erlebt aber immer wieder, wie junge Menschen Christen werden. Er sagt, das Evangelium müsse „klar verkündet werden“. Dabei scheut er sich nicht, den Absolutheitsanspruch Jesu zu vertreten. Viele Gemeinden seien da sehr zurückhaltend. „Sie haben vielleicht Angst, Menschen damit vor den Kopf zu stoßen.“ Doch Köhler weiß, dass gerade Jugendliche klare christliche Positionen schätzen: „Nachdem in unserer Gesellschaft eine zunehmende Beliebigkeit um sich gegriffen hat, sehnen sich Jugendliche danach.“ Allerdings räumt der Jugendpastor ein, dass er junge Muslime im Viertel bisher kaum erreichen konnte.

Kita beliebt – auch bei Muslimen

In der Kindertagesstätte der Gemeinde ist das anders. Sie ist auch bei muslimischen Familien beliebt. Überhaupt hat der Großteil der Eltern, die ihre Sprösslinge anmelden, ausländische Wurzeln. Gerade muslimische Eltern schätzen die Wertevermittlung. Kita-Leiterin Jasmin Laas betont, dass die Eltern ihr Einverständnis erklären müssen, dass sich die Kinder an den gemeinsamen Aktivitäten beteiligen dürfen. Niemand werde gezwungen, zu beten, sagt Laas. Aber es sei nicht umsetzbar, vor jeder Andacht einzelne Kinder hinauszuschicken: „Das wäre ihnen gegenüber auch nicht fair.“ Die Kita leistet einen wichtigen Dienst in dem sozialen Brennpunkt. Viele Kinder leben in schwierigen Verhältnissen. Sie sollen lernen, dass Gott sie bedingungslos liebt. Die Gemeinde zieht inzwischen auch Christen aus anderen Denominationen an, ohne dass diese ihr formell beitreten – wie etwa Nils Freerksema. Der frühere Pastor einer Freien evangelischen Gemeinde (FeG) zog mit seiner Familie für eine Arbeitsstelle an der Freien Evangelischen Bekenntnisschule Bremen in den Stadtteil. „Mir war ziemlich schnell klar: Die Christen hier glauben an das, was sie predigen“, sagt er.

Keine Kompromisse in wichtigen Fragen

Die Abraham-Gemeinde ist theologisch konservativ. So praktiziert sie bis heute die „Kirchenzucht“, was sehr selten geworden ist. Pastor Kurz schildert ein Beispiel: „Ein Paar, das unverheiratet zusammenwohnt, lasse ich nicht zum Abendmahl zu. Ich kann nicht zum Tisch des Herrn gehen und gleichzeitig an einem Lebensstil festhalten, der Gottes Wort widerspricht.“ Dem lutherischen Theologen ist die Eucharistie viel zu wichtig. „Ich glaube, dass Christus im Abendmahl leibhaftig unter uns ist.“ Auch dürfen nur Männer predigen. Kurz sieht sich in seiner Auffassung durch die Bibel bestätigt, die sowohl die Kirchenzucht (Matthäus 18,15–18) als auch den zeitweiligen Ausschluss aus der kirchlichen Gemeinschaft (1. Korinther 5) kennt. Bei der Form des Gottesdienstes hingegen hat er einige Modernisierungen vorgenommen: „Mein Vorgänger war da deutlich traditioneller, ich setze stärker auf Lobpreismusik und Bandbegleitung.“

In die USA und zurück

Rüdiger Kurz ist mit Leib und Seele Missionar. Nach seinem Vikariat lebte er mit seiner Frau ein Jahr in den USA. Er lernte von mehreren Gemeinden, wie das Evangelium in verschiedenen Milieus verbreitet werden kann. „Es hätte nicht viel gefehlt, und wir wären dortgeblieben." Ein Angebot für eine Stelle als Pastor in Phoenix im Bundesstaat Arizona gab es schon. Doch er bat Gott, ihm zu zeigen, wo er ihn haben wolle. Das Gebet wurde erhört: Der gebürtige Bremer hörte, dass eine Gemeinde in seiner Heimatstadt dringend einen Pastor suchte. So sei er schließlich hier gelandet. Die Anfangsjahre waren schwierig, es gab viele interne, vor allem zwischenmenschliche Konflikte, die gelöst werden mussten. Doch ab 2009 wuchs die Gemeinde. Kurz sieht darin Gottes Wirken: „Wir können das nicht beeinflussen, sondern müssen lediglich das ganze Evangelium vom Kreuz, der Auferstehung, der Vergebung der Sünden, dem zweiten Kommen Jesu zum Gericht sowie den radikalen Ruf zur Umkehr predigen." Der Theologe ist davon überzeugt, dass im Wort Gottes eine große Kraft liegt, die Menschen in die Nachfolge Jesu ruft.

Die Gemeinde als Gottes Werkzeug

Der Pastor ist im Stadtteil geschätzt. Wer mit ihm unterwegs ist, muss Zeit mitbringen. Kurz, der nur auf Beerdigungen seinen Talar trägt, wird ständig von Passanten erkannt und angesprochen. Zwei ehemalige Muslime, die zur Abraham-Gemeinde gehören, kommen freudestrahlend auf ihn zu und schütteln ihm die Hand. Kurz fragt sie: „Wie geht es euch, was macht die Familie?" Einen der Männer hatte er für sein Asylverfahren zu einer Anhörung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) begleitet, um den Beamten die Echtheit seines christlichen Glaubens zu bestätigen. „Es ist immer wieder enttäuschend, wenn ich sehe, wie oft die Konversion durch die Behörden angezweifelt wird", sagt Kurz kopfschüttelnd.

Jesus gebührt die Ehre

Die Abraham-Gemeinde ist ohne Rüdiger Kurz heute nicht zu denken. Er hat über die Jahrzehnte beständig im Viertel missioniert und genießt bei städtischen Behörden und vielen Muslimen ein gewisses Ansehen. Eines ist für ihn immer klar: „Jesus ist das Zentrum dieser Gemeinde, er ist das Ziel, die Kraftquelle – und wir werden hoffentlich niemals etwas anderes tun, als ihn zu predigen. So wie der Apostel Paulus es sagt: ‚Ich will unter euch nichts anderes wissen als allein Jesus Christus und ihn als den Gekreuzigten.' Und wenn Gott uns gnädig ist und uns davor bewahrt, davon abzuweichen, kann er diese Gemeinde noch lange als sein Werkzeug in diesem Stadtteil benutzen."

Abraham-Gemeinde Bremen

Gründung: 1975
Mitglieder: ca. 1.200
Gottesdienste: jeden Sonntag mit Kinderprogramm
Gottesdienstbesucher: 80 bis 100
angestellte Mitarbeiter: 1 leitender Pastor, 1 Jugendpastor, 1 Hausmeister, 1 Sekretärin
Angebote: mehrere Bibelgruppen, 1 Jugendkreis, Kleiderkammer („Truhe 24") für bedürftige Menschen, Treffpunkt für Suchtgruppe „Blaues Kreuz"

Formell gehört die Abraham-Gemeinde zur Bremischen Evangelischen Kirche (BEK). Seit November 2024 lässt sie – ebenso wie die St.-Martini-Gemeinde von Pastor Olaf Latzel – ihre Rechte und Pflichten ruhen. Hintergrund ist ihre Ablehnung der neuen Kirchenverfassung der BEK, die dem Kirchenausschuss (Kirchenleitung) deutlich erweiterte Befugnisse einräumt. So kann dieser künftig eine Gemeinde kommissarisch leiten, wenn er deren verfassungsgemäße Aufgaben als nicht erfüllt ansieht. Die Abraham-Gemeinde kritisiert dies als massiven Eingriff in die Glaubens-, Gewissensund Lehrfreiheit – gerade bei theologisch strittigen Themen sei das höchst problematisch.

Deutschland: Polizei stoppt auf der Autobahn „Botschafter Gottes“

Der Mann hielt auf dem Standstreifen eine Predigt

Bremen (IDEA) – Ein Mann hat mit einer Predigt am Rande einer Autobahn für einen Polizeieinsatz gesorgt. Wie die Pressestelle der Polizei Bremen mitteilte, stellte der 33-Jährige sein Auto auf dem Standstreifen der A1 bei Bremen-Hemelingen ab und hielt über ein Mikrofon mit Lautsprecher eine Predigt. Der Mann bezeichnete sich gegenüber den Beamten als „Botschafter Gottes“ und erklärte, die Stelle sei für seine Botschaft gut gewählt – schließlich käme der Verkehr wegen des Staus nur langsam voran. Die Polizei nannte dies eine „himmlische Fehleinschätzung“. Darüber hinaus stellte sich heraus, dass der Mann keine gültige Fahrerlaubnis besitzt. Die Weiterfahrt wurde einem Bekannten überlassen. Die Polizei mahnt, dass Autobahnen kein geeigneter Ort für Predigten seien.

Deutschland: „Christdemokraten für das Leben“ fordern Suizidpräventionsgesetz

Jährlich kommt es in Deutschland zu über 10.000 Selbsttötungen

Nordwalde (IDEA) – Die Bundesvorsitzende der „Christdemokraten für das Leben“ (CDL/Nordwalde), Susanne Wenzel, hat ein Suizidpräventionsgesetz und höhere finanzielle Mittel für die Suizidprävention gefordert. In einer Stellungnahme zum Weltsuizidpräventionstag am 10. September beruft sie sich auf den Koalitionsvertrag, der ein solches Gesetz vorsieht. Die psychosoziale Krisenberatung müsse flächendeckend ausgebaut werden. „Ohne ausreichende finanzielle Mittel bleibt jede Präventionsstrategie nur ein Stückwerk. Das ist nicht abstrakt, sondern kostet konkret Menschenleben“, so Wenzel. Die Zahl der Suizide sei laut dem Statistischen Bundesamt im Jahr 2023 um 1,8 Prozent auf etwa 10.300 Fälle angestiegen. Ferner zeigten die Statistiken, dass Suizid die häufigste Todesursache bei 10- bis 25-Jährigen ist.

Gaza: Angeblich von Soldaten erschossen

GHF: Totgeglaubter palästinensischer Junge lebt

GAZA (inn) – Ein für tot erklärter Junge aus dem Gazastreifen hat sich als lebendig und wohlauf entpuppt. Ein ehemaliger Lieferant der „Humanitären Gaza-Stiftung" (GHF) hatte behauptet, der Achtjährige sei im Mai von israelischen Soldaten in der Nähe eines Verteilzentrums erschossen worden. Dabei verwickelte er sich allerdings in Widersprüche.

Es geht um den Palästinenser Abdul Rahim Muhammad Hamden, der als „Abbud" bekannt ist. Er kam am 28. Mai zu einem der GHF-Verteilzentren, um Lebensmittel zu holen. Der damalige Lieferant Anthony Aguilar erzählte später, der Junge habe ihm offenbar aus Dankbarkeit auf die Hand und die Wange geküsst. Er belegte den kurzen Kontakt mit eigenen Videoaufnahmen. Danach sei der Achtjährige zu einer Gruppe Palästinenser zurückgekehrt. Den Jungen nannte Aguilar fälschlicherweise „Amir".

Der 25-jährige Veteran der US-Armee war zu jener Zeit mit dem Subunternehmen „UG Solutions" für die GHF tätig. Er gab an, kurz darauf hätten Soldaten die Gruppe mit Pfefferspray, Tränengas und Blendgranaten vertrieben. Und sie hätten geschossen: „Ein Schuss in den Oberkörper, ein Schuss ins Bein – tot", sagte er etwa der Kampagne „Dialogue Works". Aguilar gab viele Interviews, darunter auch der BBC. Dabei nannte er drei verschiedene Verteilzentren als Schauplatz der angeblichen Tötung.

Im Juni endete der Vertrag mit Aguilar. Die Geschichte indes ging viral. Ende Juli leitete die Stiftung eine Untersuchung ein. Mitarbeiter sprachen mit ortsansässigen Palästinensern. Dadurch spürten sie „Abbud" und dessen Mutter Nadschlaa auf. Mittels einer Gesichtserkennungssoftware verglichen sie Bilder von dem Jungen mit den Videoaufnahmen. Auch biometrische Daten halfen bei der Identifizierung.

„Außerhalb des Gazastreifens ist es schön"

Ende August kam Nadschlaa mit dem Jungen an eine Verteilstelle, weil sie mit Hilfe der GHF ausreisen wollten. Zu ihrem Schutz war die Mutter verkleidet. Vier weitere männliche Angehörige waren dabei. Mindestens einer von ihnen war von der Terrorgruppe Hamas bedroht worden, sagt die GHF.

Vor der geplanten Ausreise interviewte der US-Sender „Fox News" mittels eines GHF-Dolmetschers das Kind und dessen Mutter. Das Gespräch wurde am Donnerstag veröffentlicht. „Abbud" antwortete auf eine entsprechende Frage: „Außerhalb des Gazastreifens ist es schön."

Die Mutter sagte: „Mein Sohn und ich haben viel gelitten. Aber Allah sei Dank. Ich danke jedem, der mir geholfen und beigestanden hat." Mittlerweile haben sie den Gazastreifen laut GHF verlassen, der jetzige Aufenthaltsort wird zum Schutz der Palästinenser nicht genannt.

GHF-Vorsitzender: Tatsachen wichtiger als Schlagzeilen

Der Vorsitzende der Stiftung, Johnny Moore, reagierte erfreut auf den glücklichen Ausgang: „Wir sind überglücklich und sehr erleichtert, dass Abbud sicher ist und diese Geschichte mit Hoffnung endet", sagte er gegenüber „Fox News". Die Sorge habe bestanden, dass die Hamas Interesse daran haben könnte, dass „Abbud" nicht gefunden wird. Denn dies entkräfte die Behauptung, dass sich GHF und Armee brutal gegenüber Palästinensern verhielten – mitunter mit tödlichen Folgen.

Die Geschichte hätte auch tragisch enden können, merkte Moore an. „Zu viele Leute, einschließlich der Presse und der Zivilgesellschaft, haben schnell unbewiesene Behauptungen verbreitet, ohne die grundlegendsten Fragen zu stellen. Wenn das Leben eines Kindes auf dem Spiel steht, müssen Tatsachen wichtiger sein als Schlagzeilen."

Palästinensischer Schulleiter kritisiert Hamas

Derweil teilte die israelische Behörde für Aktivitäten in den Gebieten (COGAT) ein Video auf X. Darin äußert ein ehemaliger Schulleiter aus dem Gazastreifen scharfe Kritik an der Hamas. Sa'ad al-Mihsal wirft der Terrorgruppe vor, seinen Sohn Osama und andere Mitarbeiter eines Verteilzentrums in Chan Junis ermordet zu haben.

Ein Vorfall, bei dem zwölf junge Männer getötet wurden – zu welchem Islam gehören diese Mörder und Verbrecher?", fragt Al-Mihsal. Die Hamas plündere Vorräte und vernachlässige die Bewohner im Gazastreifen. „Unsere Ehre wurde verletzt. Das Geld unserer Kinder wurde geraubt."

Die Hamas geriet in dieser Woche auch auf andere Weise in ein fragwürdiges Licht. In Sozialen Medien, die mit der Hamas verbunden sind, wurde am Donnerstag ein Video veröffentlicht. Darin ist zu sehen, wie Mitglieder der Terrorgruppe Händler mit Knüppeln schlagen – weil diese die Annahme von Bargeld verweigern.

Die Aufnahmen sollen in Chan Junis entstanden sein. Dort hat die Hamas-Polizei am 1. September die Händler angewiesen, alle Sorten von Banknoten und Münzen zu akzeptieren. Es sei egal, ob sie neu oder abgenutzt seien. Es dürfe sich nur nicht um Falschgeld handeln. Was hinter der Weigerung steckt, wurde nicht bekannt.

Bilder zeigen opulente Mahlzeiten von Hamas-Kommandeur

Die israelische Armee wiederum veröffentlichte am Donnerstag Bilder von einem Iftar-Mahl. An diesem Fastenbrechen im Ramadan hatte der damalige Kommandeur der Hamas-Brigade von Rafah, Mohammed Schabana, mit anderen Terroristen teilgenommen.

Die Bilder entstanden im März in einem Tunnel unterhalb des Europäischen Krankenhauses in Chan Junis. Nach Angaben des israelischen Militärs wurden sie dort gefunden, wo Schabana zusammen mit dem damaligen Hamas-Chef Mohammed Sinwar getötet wurde.

Andere Fotos aus dem vergangenen Jahr zeigen Mahlzeiten von Schabana mit seiner Familie. Da gab es unter anderem Falafel, Fisch, Wurst, gegrilltes Fleisch und Gemüse, wie die Zeitung „Yediot Aharonot" berichtet.

Der arabischsprachige Armeesprecher Avichai Adra'i merkte an: „Die Bewohner von Gaza mussten das Fasten mit Speiseresten brechen, und die Hamas-Oberen feierten unter der Erde opulenten Mahlzeiten. Einerseits führt die Hamas eine Medienkampagne zur ‚Hungersnot in Gaza'. Andererseits raubt sie Essen, um ihre Führer und deren Familien zu ernähren."

Bei Angriff im Mai getötet

Schabana führte die Brigade seit der Operation „Starker Fels" 2014 an. Er übernahm den Posten nach der Tötung dreier Hamas-Offiziere durch die israelische Armee. Zudem kommandierte er die Nuchba-Einheit, die für das Massaker am 7. Oktober mitverantwortlich war.

Am 13. Mai wurde Schabana bei einem Angriff in Chan Junis getötet, der Mohammed Sinwar galt. Zunächst vergewisserten sich die Soldaten, dass sich an deren Aufenthaltsort keine Geiseln befanden. Etwa drei Wochen nach dem Beschuss bestätigten Militär und Inlandsgeheimdienst Schabak den Tod der beiden Terroristen. Demnach griff Israel den Tunnel an, ohne die Funktionsfähigkeit des Krankenhauses zu beeinträchtigen. (eh)

Irak: Festival bringt Christen zusammen

Es soll deutlich machen: „Wir sind eins in Christus“

München (IDEA) – Im nordirakischen Erbil findet noch bis zum 13. September ein ökumenisches Festival statt. Das „Fest der Erhöhung des Kreuzes“ solle zeigen, dass der christliche Glaube in der Region immer noch präsent ist, berichtet das weltweite katholische Hilfswerk „Kirche in Not“. Das Programm beinhaltet Musik, Gebete sowie kulturelle und sportliche Aktivitäten. Katholische, assyrische und orthodoxe Christen beteiligen sich. Das ökumenische Festival sei ein Symbol der Einigkeit, erklärte der chaldäisch-katholische Erzbischof Bashar Warda (Erbil): „Wir sind eins in Christus.“ Die Botschaft des Kreuzes sei nicht verstummt. „Im Irak hat eine kleine, verwundete Kirche der Welt die Kraft der Einheit, den Mut des Glaubens und die Freude der Auferstehung gezeigt“, so Warda. Hintergrund ist die Christenverfolgung im Irak durch die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS). Sie wollte das Christentum im Land vernichten. Zwischen 2014 und 2017 kontrollierte der IS die Ninive-Ebene im Nordirak, was Hunderttausende Christen zur Flucht in die irakische autonome Region Kurdistan veranlasste. Während unter der Herrschaft des Diktators Saddam Hussein (1937–2006) von 1979 bis 2003 noch über eine Million Christen im Irak lebten, sind es heute laut Angaben des christlichen Hilfswerks Open Doors noch etwa 154.000. Das entspricht einem Bevölkerungsanteil von 0,3 Prozent. Nach wie vor werden die irakischen Christen von schiitischen Milizen und dem IS verfolgt. In den vergangenen Jahren gab es wiederholt Überfälle auf christliche Dörfer. Auch Behörden diskriminieren Kirchen und ihre Mitglieder. Open Doors listet den Irak auf Platz 17 des Weltverfolgungsindex der Länder, die Christen am stärksten verfolgen.

Iran: Sharifeh Mohammadi zum Tode verurteilt

Ihr droht jederzeit die Hinrichtung durch Islamische Republik Iran

(IGFM) Die iranische Arbeitsrechtsaktivistin Sharifeh Mohammadi wurde am Samstag zum Tode verurteilt. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) fordert die sofortige Aufhebung des Urteils und die Freilassung von Mohammadi.

Frankfurt am Main / Teheran, 20. August 2025 – **Das Todesurteil gegen die iranische Arbeitsrechtsaktivistin Sharifeh Mohammadis wurde am Samstag, 16. August, vom Obersten Gerichtshof der Islamischen Republik Iran bestätigt. Diese Entscheidung erfolgte trotz festgestellter Verfahrensmängel im ersten Prozess, die zur zwischenzeitigen Aufhebung des Urteils geführt hatten. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) fordert die sofortige Aufhebung des Urteils und die Freilassung von Mohammadi.**

Sharifeh Mohammadi wurde aufgrund ihres Einsatzes für Arbeiterrechte der „Mitgliedschaft in einer oppositionellen Gruppe“ beschuldigt. Ihr wird vorgeworfen „bewaffnete Rebellion“ zu unterstützen. Der Fall Mohammadi offenbart die fehlende Rechtsstaatlichkeit der gleichgeschalteten iranischen Justiz und verdeutlicht die massive Willkür und die politisierten Prozesse, in denen massiv gegen jegliche juristischen Standards verstoßen wird.

Unfaire Verfahren gegen politische Gefangene im Iran

Im Revisionsverfahren wurden mehrere offene Fragen zur Rechtmäßigkeit des Verfahrens angesprochen, die von der 39. Kammer des Obersten Gerichtshofs jedoch nicht geklärt wurden. Diese Kammer hat nun das Todesurteil in seiner ursprünglichen Form bestätigt, berichtet die IGFM. Damit sei das Urteil rechtskräftig und Mohammadi könnte jeden Moment hingerichtet werden. Die IGFM macht erneut darauf aufmerksam, dass politische Gefangene im Iran seit Jahrzehnten unfairen Prozessen ausgesetzt und ihrer Rechte beraubt werden.

Aktuelle Menschenrechtslage im Iran

Die Menschenrechtslage im Iran ist aktuell weiterhin durch den Militärschlag Israels und der Vereinigten Staaten auf iranische Atomanlagen zwischen dem 13. und 24. Juni 2025 geprägt. Dieser Angriff markierte einen historischen Wendepunkt und führte zu einer drastischen Verschärfung der repressiven Maßnahmen durch das Mullah-Regime.

„Innerhalb von zwei Wochen nach Beginn des Krieges wurden mindestens 1.295 Personen verhaftet – viele davon wegen unklarer Anklagen wie „Störung der nationalen Sicherheit“, „Spionage für Israel“, „Veröffentlichung von Kriegsbildern“, „Verbindungen zum Mossad“, „Lenkung kleiner Drohnen“ und „Waffenschmuggel“ und „Unterstützung Israels durch Beiträge in sozialen Medien.“, berichtet die IGFM in ihrem Iran-Bericht von Juli 2025.

Mohammadi – Zu Unrecht zum Tode verurteilt

Mehr zur Menschenrechtslage im Iran

Israel: Sechs Israelis bei Terroranschlag getötet

Jerusalem: Zwei Palästinenser eröffnen das Feuer auf einen Bus an einer Haltestelle in Jerusalem und töten mehrere Israelis. Ein Soldat und ein bewaffneter Zivilist schalten die Angreifer aus.

(Von Israelnetz) JERUSALEM (inn) – Zwei Terroristen haben bei einem Schussangriff am Montagvormittag auf einen vollbesetzten Bus an einer Haltestelle in Jerusalem sechs Menschen getötet, 21 weitere wurden verletzt, sechs davon schwer. Vier der Opfer starben noch am Anschlagsort, die beiden anderen erlagen im Krankenhaus ihren Verletzungen.

Der Terroranschlag ereignete sich an der Ramot-Kreuzung, etwa vier Kilometer nordwestlich der Altstadt. Um etwa Viertel nach zehn Uhr Ortszeit gingen die ersten Notrufe ein.

Angreifer aus Ramallah

Nach Angaben der Polizei näherten sich die Terroristen in einem Auto der Haltestelle, stiegen aus und begannen zu schießen. Ein anwesender Soldat außer Dienst und ein bewaffneter Zivilist erwiderten das Feuer und schalteten die Angreifer aus. Der Soldat ist ein Kommandeur in der neu gegründeten ultra-orthodoxen Hasmonäer-Brigade.

Die Täter stammen ersten Erkenntnissen zufolge aus zwei Dörfern bei Ramallah. Die Armee begann damit, dort mehrere Ortschaften zu umstellen. Offenbar kamen die Täter durch eine Öffnung im Sicherheitszaun.

Die Terror-Organisation Hamas lobte den Angriff als „heroische Tat“. Sie reklamierte den Angriff nicht für sich, rief Palästinenser im Westjordanland aber dazu auf, „die Konfrontation mit der Besatzung zu eskalieren“.

Herzog: Kampf gegen das absolut Böse

Der israelische Präsident Jizchak Herzog sprach von einem „schmerzvollen und schwierigen Morgen“. Der Anschlag „erinnert uns wieder daran, dass wir das absolut Böse bekämpfen. Die Welt muss verstehen, mit was wir konfrontiert sind. Sie muss auch verinnerlichen, dass Terror uns nicht überwältigt und seine Ziele nicht erreicht“.

Regierungschef Benjamin Netanjahu (Likud) erklärte zunächst, er halte mit Vertretern des Sicherheitsapparates eine Lagebewertung ab. Der Oberste Gerichtshof sagte indes ein für Montag geplantes Kreuzverhör im Rahmen des Korruptionsprozesses gegen Netanjahu wegen des Terroranschlags ab.

Am frühen Nachmittag besuchte Netanjahu dann den Anschlagsort. Er sagte, Israel befinde sich in einem heftigen Krieg gegen den Terror an mehreren Fronten. Israel habe zwar große Erfolge erzielt, doch der Krieg gehe weiter – „leider auch in Jerusalem“.

Todesopfer: Fünf Männer und eine Frau

Mittlerweile haben die Behörden die Identität der Todesopfer bekanntgegeben. Dabei handelt es sich um:

>> Rabbi Josef David (43) aus dem Stadtteil Ramot, befand sich auf dem Weg in eine Talmudschule

>> Sarah Mendelson (60) aus dem Stadtteil Ramat Schlomo, engagierte sich jahrzehntelang im religiös-zionistischen Jugendverband Bnei Akiva und war dort für Beziehungen zur Regierung zuständig

>> Israel Mezner (28), ebenfalls aus dem Stadtteil Ramot

>> Rabbi Levi Jizchak Pasch, lehrte an einer Jerusalemer Talmudschule, aus Tel Zion bei Jerusalem

>> Ja‘akov Pinto (25), frisch verheiratet, aus Spanien eingewandert, studierte an der Talmudschule „Derech Emuna“ in Lod

>> Rabbi Mordechai Steinzag (57), wanderte 1993 aus den USA ein. Dem ausgebildeten Kardiologen gehörte die bekannte „Bäckerei Dr. Mark“ in Beit Schemesch, die nach eigenen Angaben gesunde Brote anbietet

(df)

Kamerun: Islamistischer Angriff im äußersten Norden

Mindestens vier Tote und schwere Schäden an einer Pfarrkirche

Yaoundé (Fides) – Mindestens vier Tote und mehrere Verletzte gab es bei einem Angriff, den radikalislamische Kämpfer der Boko Haram in der Nacht vom 6. auf den 7. September in den Dörfern Ouzal, Mandoussa und Modoko in der Division Mayo-Tsanaga im äußersten Norden Kameruns verübten.
Die Angreifer aus dem benachbarten Nigeria haben auch die Pfarrei „St. Johannes der Täufer" in Ouzal verwüstet. Der Angriff, der gegen 23 Uhr mit dem Sturm auf das nahe gelegene Militärlager begann, endete um 2 Uhr morgens. Der Pfarrer und mehrere Einwohner konnten rechtzeitig fliehen, aber die Pfarrkirche wurde teilweise in Brand gesetzt, einschließlich des Büros. Auch das Fahrzeug des Priesters und der Lebensmittelladen der Pfarrei wurden zerstört.
Leichte Schäden sind im Gesundheitszentrum von Ouzal zu verzeichnen. Die Angreifer plünderten Geschäfte und Häuser, stahlen Motorräder und Vieh und zerstörten Plantagen. Berichte über die Entführung einiger Kinder wurden nicht bestätigt.
Die Region im äußersten Norden Kameruns, die an den nigerianischen Bundesstaat Borno grenzt, wurde trotz laufender Anti-Terror-Operationen wiederholt von Kämpfern der Boko Haram angegriffen.
Im nigerianischen Bundesstaat Borno wurden unterdessen am Abend des 5. September mindestens 55 Menschen im Dorf Darul Jama an der Grenze zu Kamerun getötet.
Viele der Opfer sind Menschen, die kürzlich aus dem Flüchtlingslager der „Government Secondary School" in Bama umgesiedelt worden waren, das in diesem Jahr von den Behörden geschlossen wurde, nachdem man den Vertriebenen versichert hatte, dass das Gebiet nun sicher sei.
Es ist nicht bekannt, ob diese beiden Angriffe entlang der Grenze zwischen Nigeria und Kamerun miteinander in Verbindung stehen, aber die Tatsache, dass sie kurz nacheinander stattfanden, lässt vermuten, dass sie von derselben Gruppe verübt wurden oder dass sie Teil einer Strategie sind, um an der Grenze zwischen den beiden Ländern Angst und Schrecken zu verbreiten.
Die Angreifer werden als Boko Haram bezeichnet, aber es gibt inzwischen mehrere Fraktionen, die aus der Spaltung der ursprünglichen Dschihadistenbewegung hervorgegangen sind. Im Fall des Angriffs auf das nigerianische Dorf Darul Jama werden die Verantwortlichen als Mitglieder der „Islamic State West Africa Province" (ISWAP) bezeichnet, der wichtigsten Gruppe, die aus den Reihen der ursprünglichen Boko Haram hervorgegangen ist.
(L.M.) (Fides 8/9/2025)

Kasachstan: Wohnungsprobleme

(Licht om Osten) Anuar Tuleuow (Almaty) schreibt: „Unser Dienst geht weiter und Gott segnet unsere Arbeit. Die Zeitschriften werden pünktlich gedruckt und verteilt. Im Dezember 2024 segnete uns Gott mit einer Kinderbibel in der einheimischen Sprache. Am Ende des Jahres hielten wir in ein Gebetstreffen mit einheimischen Pastoren verschiedener Denominationen in unserem Büro ab und alle nahmen gern die von uns erstellten Ressourcenmit: Bücher, Zeitschriften, Kinderbibeln und Kalender. Wir konnten 9.000 Kalenderdrucken, die alle zu Weihnachten und Neujahr verteilt wurden."
Danken Sie mit uns dafür,
➢ dass es möglich war, die Kinderbibel in die einheimische Sprache zu übersetzen und zu drucken.
➢ dass durch Gottes Gnade in den letzten Jahren so viele Einheimische Jesus als ihren persönlichen Erretter in ihre Herzen aufgenommen haben.
Bitte beten Sie,
➢ dass der Herr die Christen in Kasachstan vor dem Bösen bewahrt und sie nicht bedrängt werden von den eigenen Verwandten. „In Kasachstan gibt es eine Vereinigung einheimischer Kirchen verschiedener Denominationen. Vor Kurzem trafen wir uns mit der Leitung dieser Vereinigung, um über eine Zusammenarbeit bei der Verbreitung des Evangeliums unter Nutzung unserer Ressourcen zu sprechen."
➢ Beten Sie um Leitung, Weisheit, gute Ideen und ein gutes Einvernehmen miteinander. „Neben dem Predigtdienst in der Gemeinde helfe ich manchmal in der Sonntagsschule mit, bestimmte Themen für die Kinder zu behandeln. Wir besprechen Fragen zur Bibel wie: Wer ist der Autor? Worum geht es in dem biblischen Buch, wie kann man es verstehen? ... Die Kinder sind sehr wissbegierig und interessiert."
Danken Sie,
➢ dass über 35 Kinder zur Sonntagsschule kommen.
➢ dass es eine sehr aktive Jugendarbeit gibt.
➢ dass die Gemeinde Jesu wächst und neue Leute dazukommen. Weil die Gemeinde wächst und viele neue Einheimische zu den Gottesdiensten kommen, wird es in den Räumen eng. **So beten Sie bitte**
➢ um geeignete Räumlichkeiten für die Gemeinde. „Meine Familie unterstützt mich und dient mit mir dem Herrn. Meine Frau und meine älteren Töchter bereiten jeden Sonntag vor dem Gottesdienst ein Gebetsfrühstück für die jungen Mädchen aus der Jugendgruppe vor und leiten es auch. Gemeinsam lesen sie, tauschen sich aus und beten füreinander. Es ist eine Freude zu sehen, wie die Kinder selbstständig ihre Stille Zeit mit Gott verbringen. **Bitte beten Sie**
➢ für meine Familie, dass Gott uns geistlich segnet, dass die Kinder in der Erkenntnis Gottes wachsen, und für die alltäglichen Familienangelegenheiten.
➢ Wir suchen seit einiger Zeit eine geeignete Wohnung für meine Familie in Almaty. Möge Gott uns das passende Zuhause finden lassen.
➢ Beten Sie auch weiterhin für die Mitarbeiter unseres Werkes. Jeder von ihnen hat ein Wohnungsproblem, es ist schwer, wenn man keine eigene Wohnung hat."

Mosambik: Keine Entspannung im Norden

Der nördliche Bundesstaat Cabo Delgado in Mosambik ist nach wie vor ein gefährlicher Ort für Christen, da brutal aggressive Islamisten ihre unerbittlichen und brutalen Angriffe auf christliche Kirchen und Dörfer fortsetzen. Schätzungsweise 1.800 Gläubige wurden in den letzten sieben Jahren getötet. Im Gegensatz dazu erlebt die Kirche in anderen Teilen Mosambiks ein starkes Wachstum.

Barnabas Aid/ WORLDNEWS 320 Bridgeway Publications 15. August 2025/ übersetzt und bearbeitet AKREF

Myanmar: Junta erklärt karenische Separatistenorganisation zur terroristischen Vereinigung

International Christian Concern – Die Militärjunta, die Myanmar regiert, hat die Karen National Union (KNU) in einer Erklärung Anfang dieser Woche zur terroristischen Organisation erklärt. Diese Einstufung ist angesichts des jahrzehntelangen Konflikts zwischen der KNU und der Tatmadaw zwar nicht überraschend, aber dennoch ein weiteres Zeichen für die Herausforderungen, denen sich das Land gegenübersieht, während sich die Junta auf die Wahlen später in diesem Jahr vorbereitet.

Viele Analysten, die auf Regionen wie die von der KNU kontrollierten Gebiete verweisen, sind zu dem Schluss gekommen, dass die bevorstehenden Wahlen ein Versuch der Junta sind, sich eine Fassade internationaler Legitimität zu verschaffen, obwohl sie logistisch und politisch nicht in der Lage ist, einen wirklich demokratischen Prozess durchzuführen.

Die Junta kontrolliert nur einen kleinen Teil des Landes, entzieht oppositionellen Gebieten das Wahlrecht und macht es unmöglich, repräsentative Wahlen durchzuführen.

Unter Hinweis auf den breiten internationalen Konsens über die Illegitimität der Herrschaft der Junta – sie hat 2021 die Macht von einer demokratisch gewählten Regierung übernommen – erklärte ein Sprecher der KNU, dass die Organisation sich keine Sorgen über die Einstufung als terroristische Organisation mache. „Man muss gar nicht erst beweisen, wer die wahren Terroristen und internationalen Verbrecher sind und welche Vereinigungen illegal sind“, sagte er.

Die Junta hat bereits die Wahlkampagnen und Aufklärungsmaßnahmen der KNU für illegal erklärt, und mit der Einstufung als terroristische Vereinigung in dieser Woche hat sie es illegal gemacht, sich in irgendeiner Weise mit der KNU zu assoziieren.

Im Juli verabschiedete die Junta ein neues Gesetz, das die Todesstrafe für jeden vorsieht, der die bevorstehenden Wahlen stören oder sich ihnen widersetzen könnte. Oppositionsgruppen, darunter auch die Exilregierung, haben zu einem Boykott der Wahlen aufgerufen.

Während die Mehrheit der Bevölkerung Myanmars ethnische Burmesen und überwiegend Buddhisten sind, gibt es im Land seit langem etablierte ethnische und religiöse Minderheiten, von denen viele schon Jahrhunderte vor der Gründung des modernen Staates existierten.

In vielen Regionen überschneiden sich religiöse und ethnische Identitäten. Die KNU vertritt das Volk der Karen, eine Minderheit, die im Süden des Landes beheimatet ist. Während die Mehrheit der Karen Buddhisten sind, sind zwischen 15 und 30 % Christen – weit mehr als in Myanmar insgesamt, wo nur etwa 6 % der Bevölkerung christlich sind.

Das Militär führt häufig Luftangriffe auf zivile Gebiete durch, die mit Widerstandsaktivitäten in Verbindung stehen. Eines der erschreckendsten Beispiele dafür ist der Luftangriff der Junta auf zivile Gebiete nur wenige Stunden nach dem Erdbeben der Stärke 7,7 Ende März. Die Angriffe richteten sich gegen Überlebende und Rettungskräfte, die nach Menschen suchten, die unter den Trümmern begraben waren. Der nördliche Shan-Staat wurde innerhalb von drei Stunden nach dem Beben bombardiert, gefolgt von Angriffen im Karen-Staat – dem Epizentrum des Bebens – sowie in Sagaing und Gebieten nahe der thailändischen Grenze.

Die Entscheidung des Militärs, Zivilisten während der Erdbebenrettungsmaßnahmen zu bombardieren, sei „einfach unglaublich“, sagte Tom Andrews, Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für Menschenrechte, gegenüber der BBC.

Im März veröffentlichte die US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) einen Bericht, in dem sie die systematische Verfolgung religiöser Minderheiten durch die Junta verurteilte und die Weltgemeinschaft aufforderte, den Druck auf das Regime zu erhöhen.

„In den letzten Jahren wurden in diesem Land über 3,5 Millionen Menschen vertrieben“, heißt es in dem Bericht, „darunter mehr als 90.000 im mehrheitlich christlichen Chin-Staat, 237.200 im Kachin-Staat und eine Million muslimische Rohingya-Flüchtlinge.“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Norwegen: Katholische Bischöfe warnen vor Euthanasie

Sie rufen angesichts der bevorstehenden Parlamenswahl zur Stimmabgabe auf

Oslo (IDEA) – Die katholischen Bischöfe Norwegens haben angesichts der bevorstehenden Parlamentswahl am 8. September vor den Gefahren einer wachsenden Unterstützung für Euthanasie gewarnt. In einem Hirtenbrief betonen sie, dass das menschliche Leben und die Menschenwürde von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod ein Geschenk Gottes und unantastbar seien. „Kein Mensch – sei es ein ungeborenes Kind, ein unheilbar Kranker, ein neu angekommener Flüchtling oder ein Opfer von Gewalt oder Menschenhandel – darf beiseite geschoben oder als weniger wertvoll angesehen werden als die Reichen, Mächtigen oder Berühmten." Verfasser des Briefs sind die Bischöfe von Oslo, Fredrik Hansen, und Trondheim, Erik Varden. Sie bekunden darin ihre Beunruhigung „über die offenbar wachsende Unterstützung für Euthanasie in unserem Land und unter unseren Politikern. Alle, die unter Schmerzen oder Krankheiten leiden, sollten jede Form der Pflege erhalten, die wir ihnen bieten können, ebenso wie ihre Familien und diejenigen, die sich um sie kümmern. Jemandem beim Sterben zu ‚helfen' hilft niemandem." Die Bischöfe betonen, dass der Gang zur Wahl nicht nur ein Recht, sondern eine wichtige Pflicht sei: „Jede ernsthafte Entscheidung sollte im Gebet vor Gott gebracht werden." Das gelte auch für die Wahl des Parlaments.

Eine kleine, aber wachsende Gemeinschaft

Der Auftrag der Nächstenliebe verpflichte die Katholiken, für eine gute und gerechte Gesellschaft zu arbeiten, schreiben die Bischöfe weiter. Auch wenn die katholische Gemeinschaft in Norwegen klein sei, dürften die Gläubigen ihre Verantwortung für das Gemeinwohl und das des Nächsten nicht vernachlässigen. In Norwegen mit etwa 5,6 Millionen Einwohnern leben rund 160.000 Katholiken (2,9 Prozent), deren Zahl in den vergangenen Jahren stark gewachsen ist, vor allem aufgrund der Einwanderung aus katholisch geprägten Staaten wie Polen, Litauen oder den Philippinen. Etwa 61 Prozent der Bevölkerung gehören zur (evangelisch-lutherischen) Norwegischen Kirche, rund 6,9 Prozent zu anderen Kirchen inklusive der römisch-katholischen. Zum Islam bekennen sich 3,5 Prozent der Bevölkerung. Der Rest gehört anderen Religionsgemeinschaften an oder ist konfessionslos. Die größte Fraktion im norwegischen Parlament, dem Storting, ist aktuell die der sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit 48 von 169 Sitzen, gefolgt von den Konservativen mit 36 Mandaten, der bäuerlichen Zentrumspartei mit 28 Abgeordneten und der rechtskonservativen Fortschrittspartei mit 21 Mitgliedern. Derzeit ist eine Minderheitsregierung der Arbeiterpartei im Amt.

Pakistan: 25-jähriger Christ stirbt an Haftfolgen

Nabeel Masih kam bereits als 16-Jähriger wegen angeblicher Blasphemie in Haft

Islamabad (IDEA) – Ein jahrelang in Pakistan inhaftierter Christ ist an den Folgen von Misshandlung und mangelnder medizinischer Versorgung gestorben. Es handelt sich um Nabeel Masih, der 2016 als 16-Jähriger wegen angeblicher Blasphemie verhaftet worden war. Er habe ein manipuliertes Bild von der heiligsten Stätte der Muslime, der Kaaba in Mekka, auf Facebook geteilt, lautete der Vorwurf. Nach fünf Jahren im Gefängnis – meist in Einzelhaft – wurde er 2021 gegen Kaution freigelassen. Er war jedoch bereits schwer erkrankt. Nach Angaben christlicher Menschenrechtsgruppen starb er am 31. Juli. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA hatten ihn im Oktober 2016 als „Gefangenen des Monats“ benannt und zu seiner Unterstützung aufgerufen. Menschenrechtler in Pakistan beklagen, dass die dortige Blasphemiegesetzung dazu missbraucht wird, gegen Angehörige religiöser Minderheiten vorzugehen. Das war offenbar auch bei Nabeel Masih der Fall. Von den rund 250 Millionen Einwohnern Pakistans sind 96 Prozent Muslime, zwei Prozent Christen und ein Prozent Hindus.

siehe auch https://akref.ead.de/akref-nachrichten/2022/oktober/02102022-pakistan-gefangener-des-monats-oktober/

Papua-Neuguinea: Nationaler Tag der Buße

International Christian Concern – Seit 2007 begeht Papua-Neuguinea jedes Jahr im August einen nationalen Feiertag, den National Repentance Day (Nationaler Tag der Buße).

Der Zweck dieses Tages ist es, die Bürger dazu anzuregen, sich an das christliche Erbe Papua-Neuguineas zu erinnern und sich auf die Buße für die Sünden der mehr als 14 Millionen Menschen zu konzentrieren, die auf Hunderten von Inseln im Pazifischen Ozean leben.

Christliche Führer zahlreicher Konfessionen fordern insbesondere innerhalb der Regierung Ehrlichkeit, stärkere Ethik, Moral und Werte sowie mehr Mut, um Korruption und Gewalt in ihrem Land zu bekämpfen.

Im März verabschiedete Papua-Neuguinea eine Verfassungsänderung, in der es sich selbst zu einer christlichen Nation erklärte. Obwohl es danach strebt, dem Weg Christi zu folgen, weist es auch hohe Raten an Korruption, Bestechung, Kriminalität und geschlechtsspezifischer Gewalt auf. Darüber hinaus kommt es häufig zu Gewalt zwischen Stämmen und Dörfern, von der Einheimische, Christen und Missionare betroffen sind, insbesondere in ländlichen Gebieten und im Hochland.

In West-Papua, das heute zu Indonesien gehört, nimmt die Islamisierung traditionell christlicher Gebiete zu, und Gläubige werden ständig verfolgt.

Inmitten der aktuellen Herausforderungen bietet der Nationale Tag der Buße Papua-Neuguinea eine einzigartige Gelegenheit, sich wieder stärker auf das Geistliche zu konzentrieren. Die Hoffnung ist, dass sich das Land Christus nähert und mit der Zeit Gottes Reich besser repräsentiert.

„Buße ist eine Lebensweise, bei der wir Gott als Quelle unseres Lebens, unseres Landes und unserer Existenz anerkennen“, sagte Dr. Jack Urame, Leiter der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Papua-Neuguinea, während des jüngsten Nationalen Tages der Buße. „Doch die Art und Weise, wie wir als Nation leben, spiegelt nicht wieder, dass wir wirklich Buße getan oder unsere Lebensweise geändert haben.“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Südsudan: “Jugendgewalt ist das Zeichen einer tiefen Krise in der Seele des Landes”

sagt Bischof Tombura-Yambio

Juba (Fides) – „Die jüngste Welle der Gewalt in Juba ist ein nationaler Protestschrei“, erklärt Bischof Barani Eduardo Hiiboro Kussala von Tombura-Yambio in seiner Botschaft mit dem Titel „Healing our wounded sons and daughters“ (Unsere verwundeten Söhne und Töchter heilen).
„Was geschieht, ist nicht nur ein Verbrechen. Es ist ein Schrei. Es ist ein Symptom. Ein Zeichen dafür, dass sich etwas Tiefgreifendes und Gefährliches in der Seele der Nation offenbart“, erklärt Bischof Hiiboro in seiner Botschaft, die Fides vorliegt.
Der Bischof bezieht sich auf die jüngsten Ereignisse in der Hauptstadt des Südsudans, insbesondere auf die Vergewaltigung einer 16-Jährigen durch eine Bande von Jugendlichen unter Drogeneinfluss. Das Video der sexuellen Gewalt wurde anschließend online gestellt. Später stellte sich heraus, dass das Opfer einer rivalisierenden Bande angehörte und dass die Vergewaltigung und das Video ein Racheakt waren.
Das Video sorgte für Aufsehen, und veranlasste die Behörden, einzugreifen und in Juba etwa 600 Jugendliche verschiedener krimineller Banden festzunehmen, von denen jedoch die Hälfte kurz darauf ohne Anklage wieder freigelassen wurde.
Laut dem Bischof von Tombura-Yambio betrifft das Phänomen der Jugendbanden den gesamten Südsudan und nicht nur die Hauptstadt: „Wir müssen ehrlich sein: Juba ist nur die Spitze des Eisbergs. Von Nzara bis Malakal, von Wau bis Torit, von Yambio bis Renk, von Bor bis Yei breiten sich Banden, Gewalt, Abhängigkeiten und Traumata still und leise aus.“ „Wir sitzen auf einer Zeitbombe aus jugendlicher Wut und zerfallenden Familien, die bereit ist zu explodieren, während die Nation schweigt“, warnt er.
„Wie können wir das alles stoppen?“, fragt Bischof Hiiboro. „Mit Mitgefühl. Mit Mut. Mit tiefer und geduldiger Liebe“, antwortet der Bischof und kritisiert die gewaltsame Reaktion der Sicherheitskräfte. „Waffen können Traumata nicht heilen. Gefängnisse können keinen Lebenssinn zurückgeben“, bekräftigt er.
Der südsudanesische Bischof verweist auf ein Beispiel, bei dem eine rein polizeiliche und militärische Reaktion auf die Ausbreitung von Jugendbanden das Phänomen eher verstärkt als verringert hat: „El Salvador hat es mit militärischer Unterdrückung versucht (Operation „Eiserne Faust“). Die Banden sind gewachsen“. In anderen Situationen habe ein anderer Ansatz hingegen die Wiedereingliederung der Jugendlichen ermöglicht, wie beispielsweise in Kenia, wo „das ‚Mathare Social Justice Centre‘ ehemalige Gangmitglieder als Mentoren in den Slums einsetzt“, oder in Kolumbien, wo die Behörden „den Bandenchefs Bildung, Arbeit und Würde angeboten haben, sodass sie zu Friedensstiftern geworden sind“.
Ausgehend von diesen Beispielen schlägt Bischof Hiiboro vor, im ganzen Land sichere Zonen zu schaffen, in denen Bildungszentren für Jugendliche eingerichtet werden, an denen neben den Familien der Jugendlichen auch Kirchen und Moscheen beteiligt sind. Darüber hinaus müssten das Justizsystem und die Polizei reformiert werden. Schließlich hofft der Bischof von Tombura-Yambio auf eine nationale Solidaritätskampagne zugunsten der „verlorenen Jugend“.
(L.M.) (Fides 5/9/2025)

Türkei: Behörden verweigern Einreise des Friedenstrecks

Teilnehmer sind mit ihren Pferden und Fahrzeugen jetzt in Bulgarien

Kapikule (IDEA) – Der am 8. Mai in Berlin gestartete Friedensglocken-Pferdetreck hat keine Genehmigung zur Durchquerung der Türkei erhalten. Der Treck sei deshalb nach 13 Tagen im Zollbereich des Grenzübergangs Kapikule wieder nach Bulgarien zurückgekehrt, teilte die Teilnehmerin Donatha Castell der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA mit. Nach ihren Angaben gehören zum Treck derzeit 16 Teilnehmer, neun Pferde, sowie ein Glockenwagen und eine Kutsche. Die Glocke wurde 2020 mit Kriegsschrott gegossen und trägt die Aufschrift „Jaget dem Frieden nach mit jedermann“. Der Treck wollte ursprünglich die Türkei durchqueren und dann durch Syrien ziehen, um im Dezember in Jerusalem anzukommen. Er hat bisher rund 2.800 Kilometer zurückgelegt. Wie Castell weiter sagte, haben die türkischen Behörden der Gruppe zu verstehen gegeben, dass sie in der Türkei nicht willkommen sei. Die Entscheidung sei auf höherer Ebene gefallen. Eine Begründung gebe es nicht. Die örtlichen Grenzbeamten hätten dem Treck den Aufenthalt so erträglich wie möglich gemacht. Die Teilnehmer wollen laut Castell jetzt darüber beraten, wie es weitergehen soll. Die Stimmung sei gedrückt. Der Organisator des Trecks, Pfarrer Helmut Kautz (Marienfließ/Bundesland Brandenburg), will laut Castell am 15. September zu der Gruppe stoßen. Auf der bisherigen Tour hätten die Teilnehmer viel Zuspruch und Unterstützung aus der Bevölkerung erhalten. Der Treck führte bisher durch den Osten Deutschlands, Tschechien, Österreich, die Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Schirmherren sind der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) und Generalsuperintendent Kristóf Balint von der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO).

Türkei: Diskriminierungen gegen Christen nehmen zu

Ein Report der Türkischen Vereinigung Evangelischer Kirchen zeigt, dass im Jahr 2024 Massnahmen gegen ausländische Christen, aber auch Gewaltakte, Hassrede und legale Schikanen gegen türkische evangelische Christen und Gemeinden zugenommen haben.

Obwohl die Religionsfreiheit durch die türkische Verfassung geschützt ist, erlebten protestantische Christen in der Türkei Hassverbrechen «allein aufgrund ihres Glaubens». Laut dem jüngsten Bericht der Türkischen Vereinigung Evangelischer Kirchen über Menschenrechtsverletzungen gab es im Jahr 2024 «einen Anstieg der schriftlichen und mündlichen Hassreden, die sich gegen protestantische christliche Einzelpersonen oder Einrichtungen richteten», wie «Evangelical Focus» berichtet.

Schüsse, Vandalismus und Drohungen

Zu den schwersten Vorfällen gehörte ein bewaffneter Angriff auf das Gebäude der Heilsarmee in Istanbul in der Silvesternacht. Der Angreifer schoss aus einem Auto und rief den Menschen, die das neue Jahr feierten, zu: «Wir werden nicht zulassen, dass ihr unsere muslimische Jugend einer Gehirnwäsche unterzieht! Oh Ungläubige, ihr werdet besiegt und in die Hölle gejagt werden».

Der Didim Light Church wurde die Erlaubnis zum Verteilen von Broschüren verweigert, und Beamte hinderten die Antalya Bible Church «mehrfach» daran, Türken zu Oster- und Weihnachtsfeiern einzuladen. Der Bericht zeigt weitere Fälle von Hassverbrechen auf, wie die Entlassung eines christlichen Englischlehrers von einer Privatschule und die Verbrennung eines Neuen Testaments.

Ebenfalls ist in dem Bericht von Versuchen der Polizei die Rede, zwei Kirchenmitglieder zu bestechen, damit sie zu Informanten werden, neben vielen anderen Fällen.

Beleidigungen in sozialen Medien

Der Bericht prangert eine zunehmende Nutzung sozialer Medien zur Beleidigung evangelischer Christen an. «Wir treffen auf Beleidigungen und Obszönitäten, die sich gegen offizielle kirchliche Social-Media-Konten, Kirchenführer, das Christentum, christliche Werte und Christen im Allgemeinen richten», erklärt die Türkische Vereinigung Evangelischer Kirchen. All dies sei «oft auf die Aktivitäten von Gruppen in den sozialen Medien zurückzuführen, die Hass gegen Christen kultivieren und christliche Websites und Konten in den sozialen Medien ins Visier genommen haben».

Einreise- und andere Blockaden

Dem Bericht zufolge wurden im Jahr 2024 «ausländische Christen ausgewiesen, ihnen die Einreise in die Türkei verwehrt oder Aufenthaltsgenehmigungen und Visa verweigert».

«Aus diesem Grund befanden sich viele Gemeinden in einer schwierigen Situation, denn es besteht weiterhin ein grosser Bedarf an geistlichen Mitarbeitern», heisst es in dem Bericht. Die Betroffenen stammen hauptsächlich aus den USA, Grossbritannien, Südkorea, Deutschland, anderen europäischen Ländern und Lateinamerika. «Die meisten von ihnen haben sich seit vielen Jahren in unserem Land niedergelassen und leben hier mit ihren Familien. Sie haben keine Vorstrafen, Ermittlungen oder Gerichtsdokumente, die sie betreffen», heisst es in dem Bericht. «Diese Situation hat ein grosses humanitäres Problem aufgedeckt. Wenn jemand aus einer Familie ein unerwartetes Einreiseverbot erhält, wird der Familienzusammenhalt erschüttert und alle Familienmitglieder stehen vor einer chaotischen Situation.»

Zusätzlich zu dem Mangel an ausländischen Mitarbeitern «blockierten die Gesetze in der Türkei auch 2024 weiterhin die Möglichkeit, christliche Geistliche auszubilden und Schulen zu eröffnen, um den Mitgliedern der Gemeinden Religionsunterricht zu erteilen», heisst es in dem Bericht. «Das Recht, religiöse Leiter auszubilden und zu fördern, ist einer der Grundpfeiler der Religions- und Weltanschauungsfreiheit.

Rechtlicher Status

Ein weiteres gravierendes Problem für die evangelischen Gemeinden in der Türkei ist die Schwierigkeit, einen Rechtsstatus zu erhalten, um ordnungsgemäss registriert zu werden.

Zu der evangelischen Vereinigung zählen in der Türkei 214 Gemeinden unterschiedlicher Grösse, von denen die meisten in Istanbul, Ankara und Izmir angesiedelt sind; nur 152 von ihnen haben einen legalen rechtlichen Status. Für protestantische Gemeinschaften ohne Rechtsstatus ist es schwierig, Gottesdiensträume zu finden, Mieten sind für sie oft «ungewöhnlich hoch» und sie enthalten keine Vergünstigungen wie Steuerbefreiungen durch die Behörden – oder auch nur kostenlosen Strom.

Zum Thema:
Dossier: verfolgung.jetzt
Kleine Gemeinde, grosser Kampf: Unermüdliche Suche nach Gerechtigkeit in der Türkei
Gerichtsurteil: Türkei weist neun ausländische Christen aus

Datum: 05.09.2025
Autor: Reinhold Scharnowski
Quelle: Evangelical Focus / ergänzte Übersetzung: Livenet

Ukraine: Urlaub und Einberufung

(Licht im Osten) Pawel D. hat uns mitgeteilt: Die Mitarbeiter von LIO Ukraine hatten die Möglichkeit, im August Urlaub zu machen und sich ein Stück weit von den extremen Belastungen des Dienstes unter Kriegsbedingungen zu erholen. Nun sind sie mit neuen Kräften und neuem Mut wieder am Start.
➢ Danken Sie mit uns, dass diese Verschnaufpause möglich war und die Mitarbeiter mit neuer Kraft und Zuversicht ihren Dienst fortsetzen können.
➢ Beten wir dafür, dass unser Herr sie weiterhin bewahrt, auch unter den immer heftiger werdenden Bechüssen von Kiew;
➢ dass er ihr Vertrauen in ihn und die Geborgenheit in ihm erhält und sie zum großen Segen setzt und dass sie reichlich Frucht für die Ewigkeit bringen dürfen, besonders unter der großen Zahl der Binnenflüchtlinge.Einer der Pastoren einer großen Gemeinde in Kiew namens Oleg hat eine Einberufung für Anfang Oktober in die Armee bekommen. Wenn es dazu kommt, wird dies ein herber Verlust für die seelsorgerliche Betreuung der Gemeinde sein und bringt natürlich sein Leben in große Gefahr. **Bitte beten Sie dafür** ,
➢ dass der Herr es so führt, wie es am besten ist, sei es, dass die Einberufung noch abgewendet wird, sei es, dass der Herr ihn in der Armee bewahrt und zum Segen setzt für seine Kameraden.

USA: Politiker und evangelikale Leiter würdigen ermordeten Charlie Kirk

Sie heben in Reaktionen seinen tiefen christlichen Glauben hervor

Washington (IDEA) – Politiker und evangelikale Leiter in den USA haben mit Entsetzen auf die Ermordung des Podcasters, Autors und Aktivisten Charlie Kirk reagiert. Der 31-jährige Vorsitzende der konservativen Jugendorganisation „Turning Point USA“ (Wendepunkt USA) war am 10. September bei einer Veranstaltung in Orem (Bundesstaat Utah) von einem Unbekannten erschossen worden. Der Leiter der Megakirche „Harvest Christian Fellowship“ (Christliche Erntegemeinschaft /Riverside im US-Bundesstaat Kalifornien), Greg Laurie, würdigte Kirk auf der Plattform X als „mutigen und unerschütterlichen Verfechter der biblischen Wahrheit in unserer Kultur“ und als „hingebungsvollen Nachfolger Jesu“. Weiter schrieb Laurie: „So schockierend diese Nachricht auch ist, können wir Trost darin finden, dass Charlie nun im Himmel ist.“ Der Evangelist Franklin Graham (Charlotte/Bundesstaat North Carolina) erklärte auf X, Kirk sei mutig für konservative Werte und die Meinungsfreiheit eingetreten. „Vor allem aber liebte Charlie den Herrn Jesus Christus“, so Graham. Der Pastor der „Upper Room Church of God in Christ“ (Oberer Saal Kirche Gottes in Christus/Wake Forest im Bundesstaat North Carolina), John Amanchukwu, bezeichnete Kirk auf X als „wahren christlichen Märtyrer“. Er habe sein Leben dafür gegeben, die westliche Zivilisation zu verbessern.

„Charlie hatte einen tiefen Glauben“

US-Präsident Donald Trump schrieb auf X: „Der großartige, ja sogar legendäre Charlie Kirk ist tot.“ Weiter schrieb Trump: „Ich bitte alle Amerikaner, sich den amerikanischen Werten zu verpflichten, für die Charlie Kirk gelebt hat und gestorben ist. Die Werte der freien Meinungsäußerung, der Staatsbürgerschaft, der Rechtsstaatlichkeit und der patriotischen Hingabe und Liebe zu Gott.“ Trump ordnete an, die Flaggen am Weißen Haus und allen Bundesgebäuden auf halbmast zu setzen. US-Vizepräsident J.D. Vance erklärte auf X: „Charlie glaubte aufrichtig an Jesus Christus und liebte ihn. Er hatte einen tiefen Glauben. Wir diskutierten oft über Katholizismus und Protestantismus und darüber, wer in kleinen Fragen der Glaubenslehre Recht hatte. Weil er Gott liebte, wollte er ihn verstehen.“

Entsetzen auch in Deutschland

Die Publizistin und Bestsellerautorin Birgit Kelle („Muttertier“, „Gendergaga“) nannte Kirk auf X einen der größten und populärsten Kämpfer für Meinungsfreiheit. „Man hat ihn erschossen am helllichten Tag mitten im Satz auf einer öffentlichen Veranstaltung in Utah, USA. Sein Vergehen: er war nicht links. Verteidigte Familie, konservative Werte, Israel.“ Die Vorsitzende der „Aktion Lebensrecht für Alle“ (ALfA), Cornelia Kaminski (Fulda), zeigte sich in einer Pressemitteilung zutiefst betroffen über Kirks Ermordung. Er sei getötet worden, weil seine Überzeugungen „dem woken Mainstream diametral entgegenstanden“. Kirk habe an zahlreichen Universitäten in den USA Dinge gesagt, „die die Menschen nicht hören wollten – dass Abtreibungen ein großes Unrecht sind, zum Beispiel, und nicht nur ein Menschenleben beenden, sondern oft auch großes Leid über die betroffenen Familien bringen.“ Damit habe er Ansichten vertreten, die „vor wenigen Jahren noch völlig selbstverständliche konservative Werte waren“. Kirk hinterlässt seine Ehefrau und zwei kleine Kinder.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:
Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)
Spendenkonto:
IBAN: DE87520604100000416800
BIC: GENODEF1EK1
Evangelische Kreditgenossenschaft
Verwendungszweck „AKREF"
Gerne können Sie auch online spenden.

Links

www.csi-de.de

https://islam.ead.de/

https://akref.ead.de/

https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]